



BürgerInnenbrief

8. April 2013

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

IBA-Märchen +++ BürgerInnenbeteiligung in Hamburg +++ Abrissbirne gegen Elisa? +++ Lärmige Neue Mitte Altona

IBA: Richtige Fragen, falsche Antworten

Von Heike Sudmann



Auch ein IBA-Projekt: das neue BSU-Gebäude (M. Joho)

Ende März wurde die Internationale Bauausstellung (IBA) in Wilhelmsburg eröffnet. An dieser Stelle möchte ich eine erste Einschätzung geben. Die IBA hat sich auf ihre Fahnen geschrieben, die Stadt der Zukunft zu repräsentieren. Innere Entwicklung eines Stadtteils und Stärkung der Vielfalt waren ebenso Schlagworte wie das Versprechen des Bürgermeisters Olaf Scholz, hier solle eine Aufwertung ohne Verdrängung stattfinden.

Ohne Frage ist viel geschehen in Wilhelmsburg. Spektakuläre Bauten zeugen davon, teilweise visionäre Ideen zum

Klimaschutz finden sich, eine neue Form der Beteiligung der BewohnerInnen hat im so genannten Weltquartier stattgefunden.

Doch für eines der größten Probleme in der Stadtentwicklung, die soziale Spaltung, liefert die IBA wenige oder keine Antworten. Wie kann ich einen Stadtteil so gestalten, dass niemand verdrängt wird und er gleichzeitig auch für andere Menschen attraktiv ist?

Mit den Neubauten der IBA, deren Mieten über 12 Euro/qm liegen, wird nur eine bestimmte Klientel angesprochen.

Liebe Leserinnen und Leser!

Leider haben Erkrankungen und Feiertage die Fertigstellung dieser Ausgabe verzögert. Wegen des größeren Abstands zur letzten Nummer fällt sie umfangreicher aus, wobei wir eine Reihe von Gastbeiträgen präsentieren und einen Akzent auf das Thema BürgerInnenbeteiligung legen. Für die im Juni anstehende **100. Ausgabe des BürgerInnenbriefes** wollen wir etwas Besonderes veranstalten und Euch/Sie, die LeserInnen, zum Dialog einladen. Der Termin ist schon ausgeguckt und kann im Kalender blockiert werden: **Samstag, 8. Juni, nachmittags**. Anregungen zum Programm nehmen wir gerne entgegen und freuen uns, mit möglichst vielen zu feiern! Wir wünschen allen einen wunderschönen, sonnenüberfluteten und damit besonders warmen Frühlingsanfang!

HerausgeberInnen und Redaktion des BürgerInnenbriefes

Selbst im Weltquartier, wo nach der energetischen Sanierung die Warmmieten laut Senat nur um 13 Cent/qm gestiegen seien, ist eine Rückkehr der für die Umbaumaßnahmen ausquartierten MieterInnen nicht sicher. Die Miete pro Quadratmeter ist zwar nur geringfügig gestiegen, doch die Wohnungen wurden vergrößert, sodass die Mietbelastung für die betroffenen Haushalte wesentlich höher wird.

Schon im offiziellen IBA-Strukturmonitoring 2010 wurde festgestellt, dass die Mieten von 2006 bis 2010 um rund 21% angestiegen sind. Die aktuelle Untersuchung des Gymnasiums Ohmoor stellt für Wilhelmsburg einen Anstieg der **Mieten** gegenüber dem Vorjahr um 19% fest. Die ebenfalls Ende März veröffentlichte Studie der Landesbausparkasse (LBS) hat bei den **Eigentumswohnungen** aus dem Bestand in Wilhelmsburg eine Preissteigerung sogar von 35% ausgemacht. Da kann auch kein Bürgermeister mehr von einer Aufwertung ohne Verdrängung sprechen, denn diese Preise können viele Menschen in Wilhelmsburg nicht mehr zahlen.

300 Mio. Euro hat die Stadt bisher für die IBA gezahlt. Doch für das bisher auf der Elbinsel angesiedelte Amt für Grundbesicherung soll angeblich kein Geld da sein. 1.500 Menschen sind von der Schließung und Verlegung betroffen, knapp die Hälfte von ihnen ist mobilitätseingeschränkt. Nichtsdesto-

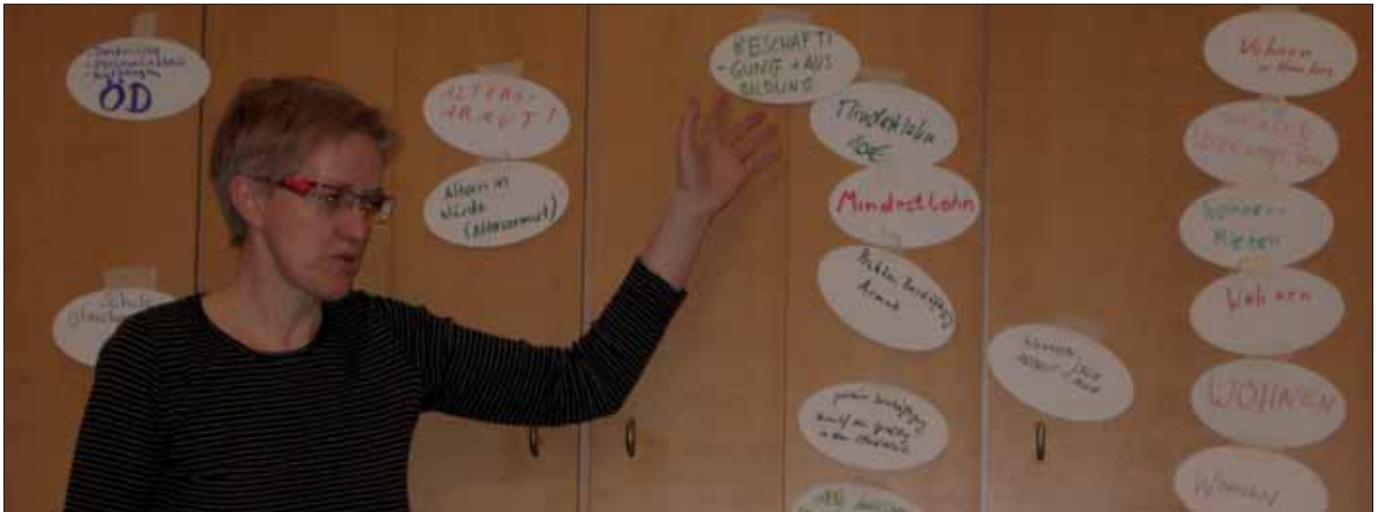
trotz müssen sie jetzt in die Kurt-Schumacher-Allee (zwischen Hauptbahnhof und Berliner Tor) fahren. Das bedeutet nicht nur einen Fahrt- und Fußweg von mindestens 40 Minuten, sondern auch noch extra Fahrgeld. (Siehe auch Meinulf Krön, Als erstes wird bei den Schwächsten gespart, im BürgerInnenbrief vom 20.12.2012, S. 8f.)

Das Märchen vom schönen Stadtteil Wilhelmsburg bleibt ein Märchen für die Menschen mit niedrigem Einkommen und geringer Beschwerdemacht. Wenn die IBA zukunftsweisend sein soll, muss der Senat dafür Sorge tragen, dass in Wilhelmsburg niemand verdrängt wird. Dazu gehören preisgünstige Wohnungen ebenso wie öffentliche Dienstleistungen und eine gute Infrastruktur. Was Wilhelmsburg jedoch nicht braucht, ist eine Hafenuerspange und eine vierspurige Autobahn durch den Stadtteil, die den Tarnnamen Wilhelmsburger Reichsstraße trägt.

Nachtrag: Die Fraktion DIE LINKE hatte die IBA zum Thema der Bürgerschaftssitzung am 27. März gemacht. Mit Ausnahme der FDP haben alle Fraktionen die von mir beschriebene Aufwertung und damit einhergehende Verdrängung als Problem durchaus erkannt und sich immerhin schon mal rhetorisch für Gegenmaßnahmen ausgesprochen. Deshalb gilt es jetzt dranzubleiben, um Taten folgen zu lassen.

In eigener Sache – kein Aprilscherz!

Von Heike Sudmann



Klausurtagung der Linksfraktion 2013 (Foto: M. Joho)

Seit es die Partei DIE LINKE in Hamburg gibt, habe ich sie in vielfältiger Form unterstützt: als Referentin oder Moderatorin auf Veranstaltungen, an Info- und Wahlkampfständen, mit der Schulung und Fortbildung von Mitgliedern der Bau-, Stadtentwicklungs- und Sanierungsausschüsse, als Deputierte, als Kandidierende ...

Nur eines wollte mir all die Jahre nicht von der Hand gehen: der Eintritt in die Partei.

Nach nunmehr zwei Jahren Abgeordnetendasein für DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft habe ich einen wesentlich engeren Draht zur Partei entwickelt als vorher. Dabei

habe ich viele (bzw. noch mehr) engagierte GenossInnen kennen gelernt, die eine tolle Arbeit vor Ort und/oder in ihren Fachgebieten machen. Diese GenossInnen machen das wett, was mich auf vielen Parteitagen so abgetörnt hat:

- Auseinandersetzungen und Diskussionen, in denen es anscheinend mehr um die »reine Lehre« als um das reale Leben im Hier und Jetzt geht;
- Niedermachen oder Lächerlichmachen von GenossInnen, die eine andere Meinung vertreten;
- Verschwendung von Lebenszeit anderer durch gelinde gesagt schräge Geschäftsordnungs- und Debattenbeiträge.

Ich kann und will nicht behaupten, dass diese Negativerscheinungen verschwunden sind. Immer noch legen einige GenossInnen unerhört viel Kraft in die Ausgrenzung andersdenkender Linker in der Partei.

Doch wenn es im parlamentarischen Raum (weiterhin) eine linke Kraft geben soll, deren Existenz und Agieren den Weg zu einer solidarischen und gerechten Gesellschaft mitebnen kann, sehe ich keine Alternative zu der Partei DIE LINKE. Gegen Kriegseinsätze, gegen Sozialabbau und den ganzen neo-

liberalen Murks gibt es auf der parlamentarischen Ebene nur eine Stimme. Und diese wird umso nötiger, wenn es im Herbst zu einer Neuauflage von Rot-Grün auf Bundesebene kommen sollte.

Kurzum, bei meiner persönlichen Pro- und Kontraliste zu einem Parteieintritt hat das Pro sich nach vorne geschoben. Deswegen bin ich zum 1. April in die Partei DIE LINKE eingetreten. Kein Aprilscherz, sondern ein gut zu merkendes Datum.

Die Hausärztin & die Zypern-Krise

Von Joachim Bischoff



Protest in Nicosia, Zypern, 19.3.2013 (Foto: dpa)

»Das Schicksal zyprischer Kontoninhaber wurde in Berlin besiegelt.« (Financial Times)

Für Lafontaine ist Angela Merkel die »Kurtisane« der Reichen Europas. Denn wir hätten in der Euro-Krise immer nur die Banken gerettet, die Menschen würden dagegen im Elend leben. »Griechenland und Zypern stehen vor Weimarer Verhältnissen!« Trifft diese Kritik des Spitzenpolitikers der LINKEN ins Schwarze?

Im 19. Jahrhundert, als die Kurtisanenwelt in Paris ihre Hochblüte erreicht hatte, wurden die Kurtisanen zu einem beliebten Gegenstand der Literatur, so etwa in Alexandre Dumas' Roman »Die Kameliendame« (1848). Eine Kurtisane oder Mätresse ließ in den Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft ihren für gewöhnlich sehr aufwändigen Lebensstil von ihrem Geliebten finanzieren und zeichnete sich meist durch Schönheit und Talent zur geistreichen Unterhaltung aus. Sie wurde je nach Zeit und Ort gesellschaftlich keineswegs gering geachtet und war auch nicht ohne Einfluss auf Politik und kulturelles Leben. Kurtisanen unterhielten häufig elegante Salons, in denen sich hochrangige Vertreter von Politik und Wirtschaft mit Dichtern und Lebemännern ein Stelldichein gaben.

Bundeskanzlerin Merkel ist nicht für einen aufwändigen Lebensstil bekannt. Im Gegenteil: Hohe Managergehälter kritisiert sie als Beispiel für »Maßlosigkeit«, diese aber »darf in einer freien und sozialen Gesellschaft nicht sein«. Sie verstehe »sehr gut, wenn Menschen über manche Gehälter, die völlig aus dem Rahmen fallen, nur noch den Kopf schütteln können und wollen, dass das aufhört«.

Auch das Talent zu geistreicher Unterhaltung hält sich in Grenzen. Die Abgeordneten und die gesamte politische Klasse erleben ihre Kanzlerin als moderat und eher nichtssagend. Wahlniederlagen, Koalitionskrach, Euro-Krise – egal, was passiert, Angela Merkel findet normalerweise gemessene Worte, wenn andere schon die Panik packt. Der ehemalige Hamburger Bürgermeister Ole von Beust z.B. vergleicht die Bundeskanzlerin mit einer Hausärztin. »Man hat ein Problem und die sagt: Da schreibe ich Ihnen was auf. Und man denkt: Prima, die schreibt was auf«, so Beust. Die BürgerInnen hätten zu ihr »ein Grundvertrauen wie bei einer Hausärztin: Die macht das schon irgendwie«. Dass Merkel immer gleich aussehe und alle Probleme mit Gelassenheit und Gleichmut anzugehen scheine, wirke beruhigend auf die Leute.

Doch die Kanzlerin kann auch anders. Das Drama um Zypern zerrt auch an den Nerven der sonst so kühl-kontrollier-

ten CDU-Vorsitzenden. So verlor sie in der Zypern-Krise die Geduld mit den PolitikerInnen in Nikosia. In scharfer Form wies sie den letzten Sanierungsplan der ZypriotInnen zurück und zeigte sich während der Koalitionsrunde im Kanzleramt wütend über die Pokerstimmung der InsulanerInnen: Zypern müsse endlich den Ernst der Lage erkennen und die Attitüde ablegen, lieber sterben als auf Knien weiterleben zu wollen.

Der Finanzminister von Malta berichtete über die Härte der Brüsseler Verhandlungen mit Zypern; er saß neben Minister Wolfgang Schäuble, gegenüber der Zypriener Michael Sarris. Seine eindringliche Schilderung der Geschehnisse hat die Zeitung »Times of Malta« unter dem Titel »Eine Lektion fürs Leben« veröffentlicht. Darin beschreibt der 66-jährige Ökonom mit Oxford-Abschluss, wie Schäuble Druck machte – und wirbt um Mitleid für Zypern. Die »Zustimmung« der zyprischen Regierung setzt er in Anführungszeichen, das Land habe sich »mit einer Pistole am Kopf natürlich außerordentlich kooperativ verhalten«. Nach zehn Stunden seien »Körper und Seele« von Sarris so ausgelaugt gewesen, dass er zustimmte. Daraufhin habe Schäuble seine Forderung durchgesetzt, Zyperns Finanzsystem noch in der Nacht abzuschotten, um Kapital im Land zu halten. Die »allmächtigen Geberländer« hätten mit dem Argument russischer Geldwäsche allen Widerstand gebrochen. In der Verhandlung stellten Schäuble und das Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB), Asmusen, klar, dass man die Liquiditätsversorgung zyprischer Banken über Notkredite der Zentralbank ohne Sanierungsprogramm nicht mehr länger tolerieren werde. Damit stand der Staat Zypern vor der Wahl zwischen einem ungeordneten Bankrott mit dem möglichen Ausstieg aus der Euro-Zone oder einem letztlich unfairen, aber kontrollierten Krisenmanagement. Der zyprische Präsident mit seiner knappen Mehrheit von bürgerlichen Parteien im Parlament hat sich für einen schlechten neoliberalen Anpassungskurs entschieden.

Die Bevölkerung wird auch diesmal auf einen jahrelangen Weg der Verelendung geschickt. Zwar wird erstmals ein Teil der InvestorInnen und SparerInnen von Banken zur Absenkung der Schulden herangezogen. Aber alle Impulse für eine Erneuerung der Realökonomie unterbleiben, dabei wären Maßnahmen zur Wachstums- und Strukturpolitik dringend notwendig. Statt eines Wachstumskonzepts zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur gibt es auch für Zypern ein Kürzungs- und Privatisierungsprogramm. Die Rezession fällt schon vor dem Beschluss des Rettungspakets tiefer aus als bisher angenommen. Die Wirtschaftsleistung ist 2012 um 1% gesunken. Die Zentralbank rechnet für 2013 mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 3,5%, für 2014 mit einem weiteren Minus von 1,4%. Im Juni hatte die Bank noch 0,4% Wachstum für 2013 prognostiziert. Mit dem Kürzungsprogramm in Höhe von 4,5% des Bruttoinlandprodukts (BIP) wird sich der Niedergang der Ökonomie beschleunigen. Bittere Konsequenz: Die Arbeitslosigkeit wird auf neue Rekordhöhen steigen. 2013 rechnet die Bank von Zypern mit 13,7% und im Jahr darauf mit 14,2% Beschäftigungslosen. Mit den Rückwirkungen des Konsolidierungspakets dürfte sich der Trend zu einer Verschärfung der Abwärtsspirale verstärken.

Ist nach und mit Zypern die Euro-Zone gerettet?

Vortrag und Gespräch mit Dr. Joachim Bischoff, Sozialwissenschaftler und ehemaliges Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft für DIE LINKE

Mittwoch, 24.4.2013, 19.00 Uhr, Gemeindesaal St. Georg, Stiftstraße 15, 1. Stock

Ganz anders in der Berliner Republik: Deutschland wird in den anhaltenden Krisenszenarios der europäischen Nachbarstaaten als »Stabilitätsinsel« gesehen. Eine Mehrheit der BundesbürgerInnen sieht der wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten zwölf Monaten optimistisch entgegen. Nur 26% befürchten einen erneuten Abschwung, die große Mehrheit erwartet eine stabile oder positive Entwicklung. Der Anteil der Erwerbstätigen, die an der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes zweifeln, ist heute etwa halb so groß wie Anfang 2009.

Die große Beunruhigung geht in der Republik vom Thema der sozialen Gerechtigkeit aus. 69% der BundesbürgerInnen halten die Verteilung von Vermögen und Einkommen für ungerecht. Nur 15% der Befragten empfinden die Situation als gerecht. 64% sind der Meinung, die soziale Gerechtigkeit habe in den vergangenen drei bis vier Jahren abgenommen.

Demokratische Fassaden stehen noch, doch was dahinter passiert, hat mit Herrschaft des Demos – des Volkes – wenig zu tun. Bezugnahme auf die »kleinen Leute« ist in rhetorischen Formeln erstarrt. Täuschen lässt man sich damit nicht. Es herrscht der Eindruck vor, die politischen RepräsentantInnen seien angesichts der ökonomischen Machtverhältnisse ohnmächtig. Zudem wird der Staat als von mächtigen Interessengruppen gekapertes Gebilde empfunden. Gerade im Krisenverlauf habe sich gezeigt: Dieser Staat hat die Krise zwar nicht verursacht, aber er kann sie auch nicht bewältigen, die Finanzmärkte z.B. hart regulieren. Denn es herrscht das Primat der Ökonomie und nicht das der Politik.

Das Wort der Kanzlerin von der »marktkonformen Demokratie« ist kein begrifflicher Ausrutscher, sondern bezeichnet einen Erfahrungshorizont: als Beschreibung einer Realität, die von den ökonomisch Mächtigen – dem Kapital – bestimmt wird. Die Krisenbewältigungspolitik wird nicht als (keynesianischer) Politikwechsel gesehen, sondern als Systemerhalt in Zeiten einer systemischen Krise. Hoffnungen auf eine zumindest partielle Wiederaneignung der Politik im Sinne einer Berücksichtigung und Durchsetzung von Interessen der Beschäftigten gibt es hierzulande kaum.

Die Wut auf die heftig kritisierten Verhältnisse ist nicht kleiner geworden und auch die Protestfantasien sind geblieben, aber es gibt eine stärkere Rückbesinnung auf die eigenen Möglichkeiten, auf die eigene Kraft. Damit wächst aber auch die Kritik an der eigenen Bewegungslosigkeit: Zwar wird diese meist auf die anderen verschoben, auf diejenigen, die sich nicht trauen oder zu bequem und zu selbstzufrieden sind, aber es werden auch selbstkritisch die eigenen, nicht genutzten Widerstandspotenziale thematisiert. Das zumindest lässt hoffen!

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

14 Seiten pralle Daten zum Thema **Wohnen und Mieten in Deutschland** bietet – neben vielen weiteren Bereichen – das vom Statistischen Bundesamt herausgegebene **Statistische Jahrbuch 2012**. Daraus ergibt sich beispielsweise, dass die durchschnittliche Eigentumsquote in der BRD bei 46% liegt, im Saarland bei 64%, in Hamburg dagegen bei 23%, weniger sind es nur noch in Berlin mit 15%. Hingegen liegt Hamburg mit 8,12 Euro/qm Bruttokaltmiete an erster Stelle, weit vor dem »Zweitplazierten« Hessen mit 6,91 Euro/qm und – an »letzter Stelle« – Thüringen mit 5,42 Euro/qm. Anzuklicken ist der wohnungsstatistische Teil unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/Gesellschaftund-Staat/Wohnen.pdf?__blob=publicationFile.



Der Verein FUSS e.V. bittet um die Online-Unterzeichnung eines Aufrufs, der auf der WALK-21-Konferenz beschlossen wurde. Die **Internationale Charta für das Gehen** zielt auf die Schaffung von Dörfern und Städten ab, in denen der Mensch gerne zu Fuß unterwegs ist. »Im Einzelnen geht es um Mobilität für alle, gut gestaltete und gepflegte Räume und Plätze, Wegnetzentwicklung, unterstützende Raumplanung, Verkehrssicherheit, Vermeidung von Angsträumen, behördliches Handeln und eine »Kultur des Gehens.« Die Übersetzung des Aufrufs findet sich unter http://www.lauf-kundschaft.de/component/option,com_docman/Itemid,44/task,doc_download/gid,95/. Unterzeichnen kann mensch hier: http://www.walk21.com/charter/support_charter.asp.

Eine Hamburger Spurensuche zum Thema Globalisierung wird seit kurzem erleichtert durch die »Webmap Hamburg Global«. Das Projekt des Eine-Welt-Netzwerks vereinigt die Kenntnisse von etlichen Gruppen und Menschen in diesem ständig erweiterten, digitalen **Hamburger Stadtplan der Globalisierung**. Markiert sind darauf Orte vor allem zu den Bereichen Migration, Hafen und Handel, Postkoloniales und Energiepolitik. Verdeutlicht wird der internationale Zusammenhang von Arm und Reich, aber auch Ausgrenzung und Entwürdigung in Hamburg. Alles zu finden unter <https://www.hamburg-global.de/v1.0/>.

Vom 15. bis 17. März tagte in Berlin der **19. Bundesweite Umwelt- und Verkehrskongress (BUVKO)** unter der Überschrift »Städte in Zukunft: grün + mobil«. Rund 350 TeilnehmerInnen, ExpertInnen und ReferentInnen tauschten sich im Plenum und etlichen Arbeitsgruppen aus. Ins Netz eingestellt worden sind mittlerweile die meisten **Vorträge**, darunter der fünfseitige »Berliner Appell Städte in Zukunft: urban + mobil + grün!« Zu finden unter <http://www.buvko.de/buvko-programm/buvko-arbeitsgruppen.html>.

100% Hamburger Netze in Hamburger Hand! – Darum geht es in den kommenden Monaten, bis der entsprechende Volksentscheid am 22. September Klarheit schafft. Das **Wie und Warum?** wird auf einer Veranstaltung der Initiative »Unser Hamburg – Unser Netz« am **Dienstag, den 9. April**, um 19 Uhr im Saal der Türkischen Gemeinde Hamburg und Umgebung e.V. (Hospitalstraße 111) diskutiert. ReferentInnen an diesem Abend sind die Initiativen-Sprecherin Wiebke Hansen und der ehemalige schleswig-holsteinische Energie-Staatssekretär Willi Voigt, heute bei den Stadtwerken in Kiel beschäftigt. Mehr unter www.unser-netz-hamburg.de

In Billstedt wird zurzeit mächtig Druck von konservativer Seite gegen eine neue Unterkunft für 60 AsylbewerberInnen gemacht. Unter der Parole »Nicht Menschen sind das Problem, sondern die sozialen Bedingungen, unter denen sie leben«, hat sich ein breites Bündnis aus Kirchen, PIRATEN, GRÜNEN, LINKEN und anderen Einrichtungen zusammengeschlossen und lädt ein zu einer Veranstaltung am **Mittwoch, den 10. April**, um 19 Uhr in der Ev.-Luth. Kirche (Merkenstraße 4). TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion mit dem Titel **Recht auf Stadt! Für alle! Auch für Migranten, Flüchtlinge und Obdachlose!** sind die Flüchtlingsbeauftragte der Nordkirche Fanny Dethloff, der Aktivist im Netzwerk Recht auf Stadt Christoph Twickel, Franz Forstmann von Pro Asyl, die grüne Bürgerschaftsabgeordnete Antje Möller sowie Mehmet Yildiz von der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE.

Was ist los in Wilhelmsburg? – Das fragen sich viele, die sich so ihre kritischen Gedanken über die ange-laufene Internationale Bauausstellung (IBA) und die dräuende internationale Gartenschau (igs) machen. Am **Donnerstag, den 11. April**, sind Engagierte der Initiative »IBA?NigsDa!« zu Gast bei SO.S. St. Pauli, und zwar um 19 Uhr im Kölibri (Hein-Köllisch-Platz 11). In diesem Zusammenhang sei auch auf eine Neuerscheinung im Verlag Assoziation A verwiesen: Der gentrifizierungs- und eventkritische Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg hat eine höchst interessante Studie mit dem Titel »Unternehmen Wilhelmsburg. Stadtentwicklung im Zeichen von IBA und igs« vorgelegt (112 Seiten, 9,80 Euro).

Zehn Exkursionen zu neuen (Stadt-)Horizonten unter dem Titel **»HamburgTour der Nachhaltigkeit«** veranstaltet der DGB-nahe Bildungsträger Arbeit und Leben. Es geht u.a. in die Hafencity (19.4.), nach Bergedorf (26.4.) und Rothenburgsort (8.6.). Der nächste **Rundgang** führt am **Freitag, den 12. April**, nach **Wilhelmsburg** (16 Uhr, Stübenplatz). Die Teilnahmegebühr beträgt jeweils 10 Euro, nähere Informationen und Anmeldung (erforderlich) über www.hamburg.arbeitundleben.de.

Der Filmclub Moderne Zeiten zeigt am **Freitag, den 12. April**, um 20 Uhr in der Volkküche (Hafenstraße 116) **Filmische Eindrücke aus Auseinandersetzungen um das Recht auf Stadt**. Zur Aufführung kommen u.a. Streifen zum Kampf der St. PaulianerInnen gegen die Gentrifizierung, MieterInnenkämpfe (GAGFAH!) in Wilhelmsburg und Konflikte um die Verdrängung der SexarbeiterInnen in St. Georg. Der Eintritt ist frei, eine Spende gern gesehen. Das Programm steht im Netz unter <http://filmclubmodernezeiten.jimdo.com>.



Hundert Infopoints und Red Dinner werden die Stadt am **Samstag, den 13. April**, zieren. An diesem Tag wird bundesweit ein **dezentraler Aktionstag der Kampagne umFAIR-teilen** realisiert. Im Mittelpunkt steht die Wiedereinführung einer dauerhaften Vermögenssteuer und eine einmalige Vermögensabgabe sowie der konsequente Kampf gegen Steuerbetrug und Steueroasen. In Hamburg beginnt der Aktionstag um 10 Uhr im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 60) mit der Ausgabe von Materialien, die mittels spontan gebildeter Dreierteams im gesamten Stadtgebiet verteilt

werden. Um 13 Uhr treffen sich alle auf dem Rathausmarkt für eine große Buchstabenkette, um 13.30 Uhr wird an rot gedeckten Tischen gespeist. Dafür werden die TeilnehmerInnen gebeten, etwas zu Essen und zu Trinken mitzubringen und sich in rot zu kleiden. Mehr unter www.umfairteilen.de/start/aktionen/hamburg/.

Die wachsende soziale Spaltung in Hamburg und was dagegen zu tun ist, wird Gegenstand der nächsten nordLINKS-Debatte am **Dienstag, den 16. April**, um 18.30 Uhr in der »Kaffeewelt« des Georg-Asmussen-Hauses (Böckmannstraße 3) sein. Referent an diesem Abend ist Gerd Pohl, Mitautor des 2011 im VSA: Verlag erschienenen Bandes »Armes Reiches Hamburg«, dem im Mai die Fortsetzung »Hamburg: Gespaltene Stadt?« (hrsg. mit Klaus Wicher) folgen wird.

Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) hält am 18./19. April seinen diesjährigen Genossenschaftstag in Hamburg ab. Zum Abschluss dieser Tagung soll in einer Talkrunde das Thema **Politik und Genossenschaft: Harmonie oder Spannung?** debattiert werden. Diese Veranstaltung findet am **Freitag, den 19. April**, von 11.15 bis 12.30 Uhr im Steigenberger Hotel (Heiligengeistbrücke 4) statt. Mit auf dem Podium: Ronald Meißner (Verbandsfunktionär), Raimund Dankowski (Selbsthilfe-Bauverein eG, Flensburg) sowie die Abgeordneten Ingo Egloff (SPD), Peter Lehnert (CDU), Olaf Duge (GRÜNE) und Heike Sudmann (DIE LINKE). Mehr unter www.vnw.de.

Verschiedene Gruppen aus dem Umfeld des Netzwerks Recht auf Stadt – darunter die Initiative ESSO-Häuser und der Einwohnerverein St. Georg – sowie der AstA der Universität Hamburg laden für **Donnerstag, den 25. April**, ein zur Veranstaltung **Bezahlbares Wohnen durch Neubau? Zwei Jahre SPD-Wohnungspolitik in Hamburg – Mieterinnen und Mieter ziehen Bilanz**. Eingeleitet wird die Veranstaltung durch Statements von

Andrej Holm (Berliner Stadtsoziologe) und Marc Meyer (Mieter helfen Mietern, Hamburg), an der anschließenden Podiumsdiskussion sind Akteure aus verschiedenen Quartieren beteiligt. Die Bilanzdebatte beginnt um 19 Uhr im »Planet Pauli« (Spielbudenplatz 7-11).

An eben diesem **25. April**, um 19.30 Uhr im Gemeindesaal St. Georg (Stiftstraße 15, 1. Stock), laden der Filmclub der ev. Gemeinde und die örtliche Geschichtswerkstatt zum Film **Die Strategie der Schnecke** (Kolumbien 1993, von Sergio Cabrera, 115 min, OF m. dt. UT). Der wunderbare, melancholisch-kämpferische Streifen zeigt den Widerstand einer BewohnerInnengemeinschaft in Bogotá, die sich gegen die Aufwertung ihres Viertels und den Abbruch ihres Hauses wehren, mit allen erdenklichen Mitteln. Spenden sind erwünscht!

Sage und schreibe 4.428 Räumungsklagen und immer noch reichliche 1.590 »durchgeführte Räumungen« gab es laut einer Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (Bürgerschafts-Drucksache 20/6842 vom 15.2.2013). Das Projekt Revolutionäre Perspektive lädt ein zum »Roten Abend« am **Freitag, den 26. April**, 20 Uhr, in der »Planwirtschaft« (Klausstraße 10): **Zwangsräumung verhindern – auch in Hamburg?**

Eine **Alternative Hafenrundfahrt zum Komplex KZ-Außenlager, Zwangsarbeit und Widerstand im Hamburger Hafen 1933-1945** führen die KZ-Gedenkstätte Neuengamme und die Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt am **Sonntag, den 28. April**, durch. Treffpunkt für den zweistündigen Törn ist die Barkassen-Centrale Ehlers am Anleger Vorsetzen (U-Bahn Baumwall). Die Teilnahmegebühr beträgt 12 Euro, die Anmeldung erfolgt unter Tel. 428 131 527.

Am **Mittwoch, den 1. Mai**, geht es natürlich auf die Straße: Die **DGB-Demonstration zum Internationalen Tag der Arbeit** startet dieses Mal um 11 Uhr auf dem Spielbudenplatz in St. Pauli und führt dann zum Fischmarkt. Innerhalb des Umzugs bewegt sich der »klassenkämpferisch/antikapitalistische Block« mit, der sich schon um 10.30 Uhr vor Ort trifft.

Vom **1. bis 5. Mai** gastiert in Hamburg der **34. Deutsche Evangelische Kirchentag**. Neben dem »gerechten Wirtschaften« und dem Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen wird ein weiterer Akzent auf die Stadt der Zukunft gesetzt: »Wie kommen die an den Rand Gedrängten in die Mitte der Gesellschaft«, erläutert die Kirchentags-Generalsekretärin Ellen Ueberschär, »wie sehen die Architektur, der Verkehr, das Wohnen in der Zukunft aus?« Außerdem diskutiert der ver.di Vorsitzende Frank



Bsirske am **4. Mai um 10:30 Uhr in der St. Georgskirche** mit dem Juristen und Kirchentagspräsidenten Prof. Dr. Gerhard Robbers über **»Kirchliches Arbeitsrecht«**. Im Anschluss daran stellt Frank Bsirske zusammen mit seinen Mitherausgeber_innen Ellen Paschke und Berno Schuckart-Witsch den neuen VSA: Band »Streiks in Gottes Häusern« dort vor. Auch DIE LINKE ist auf dem Markt der Möglichkeiten (Halle A4, Messegelände) mit einem Stand vertreten. Dort wird der Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, am Donnerstag, den **2. Mai von 13:00-14:00 Uhr** das von ihm zum NSU-Skandal herausgegebene Buch **»Schredern, Spitzeln, Staatsversagen. Wie rechter Terror, Behördenkumpanei und Rassismus aus der Mitte zusammengehen«** vorstellen. Am gleichen Tag um 20:00 Uhr gibt es mit ihm eine weitere Buchvorstellung im Rathaus von Norderstedt. Alle Veranstaltungen finden sich unter www.kirchentag.de/programm.

Im Rahmen des Kirchentages und anlässlich des **68. Jahrestages der Befreiung aus den Konzentrationslagern und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges** richten verschiedene Widerstandsorganisationen am **Samstag, den 4. Mai**, in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme eine **Gedenkveranstaltung** aus. Sie beginnt um 16 Uhr im Westflügel des ehemaligen Klinkerwerks (Jean-Dolidier-Weg), sprechen werden der Erste Bürgermeister Olaf Scholz und Überlebende des KZ Neuengamme. Anmeldung bis zum 15. April an andrea.bormann@kn.hamburg.de. Siehe auch www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de.

Zukunft der Bürgerbeteiligung in Hamburg

Von Andreas Pfadt



Demo gegen die IBA, 23.3.2013 (Foto: dpa)

Was ist BürgerInnenbeteiligung?

Bereits vor rund 40 Jahren haben die UrheberInnen des Städtebauförderungsgesetzes zur Begründung ihrer Gesetzesvorlage im Deutschen Bundestag beeindruckende und bis heute gültige Sätze formuliert: »Die betroffenen Bürger müssen die Gewissheit haben, dass sich die bauliche Gemeindeentwicklung nicht über sie hinweg von Amts wegen vollzieht. Diese ›Demokratisierung des Planungsprozesses‹ ist eine wichtige Voraussetzung, demokratisch-staatsbürgerliches Engagement dort zu ermöglichen, wo der Lebensbereich jedes Einzelnen am unmittelbarsten berührt wird. Dazu ist es notwendig, den Bürger bereits im Vorbereitungsstadium gründlich zu informieren, um sein Urteil in die Planung der städtebaulichen Entwicklung einbeziehen zu können.«¹ Wenn man über BürgerInnenbeteiligung in Hamburg diskutiert, muss man zwischen mindestens drei Grundformen der Bürgerbeteiligung differenzieren:

- dem Standardverfahren bei normalen und vorhabenbezogenen Bebauungsplänen;
- mehrstufigen Planungsworkshops zu größeren Planungsvorhaben wie z.B. Altona-Mitte, IBA, Rahmenplanung Wilhelmsburg etc.;
- Stadtteil- und Sanierungsbeiräten, die die Stadtteilentwicklungsverfahren über einen langen Zeitraum begleiten.

Für diese drei unterschiedlichen Formen sind unterschiedliche Standards und damit politisch auch unterschiedliche Anforderungen zu formulieren.

Die drei »heiligen« Prinzipien des Baugesetzbuches: Frühzeitigkeit und Offenheit der Planung, Alternativen vorlegen, Planungsfolgen offenlegen

BürgerInnen sind vom Gesetz her an allen räumlichen Planungen innerhalb einer Gemeinde von Seiten der öffentlichen Hand zu beteiligen. Das Baugesetzbuch (BauGB) legt hierzu im § 3 fest, dass

- »die Bürger möglichst frühzeitig öffentlich zu unterrichten sind über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planungen,
- über die sich wesentlich unterscheidenden Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebietes in Betracht kommen, und
- über voraussichtliche Auswirkungen der Planungen. Ihnen ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.«² Was dabei nicht berücksichtigt wurde bzw. im Gesetz auch nicht geregelt werden konnte, ist die Frage nach der Intensität, der Form und dem Umfang der jeweiligen Beteiligungsverfahren. Diese fällt nach Auffassung des Gesetzgebers in die kommunale Planungshoheit, innerhalb derer es jeder Gemeinde als Planungsträgerin freisteht, wie mit einer »frühzeitigen Bürgerbeteiligung« jeweils umgegangen wird, welche Verfahren sie wählt und welchen Umfang sie für angemessen hält. Ich behaupte jedoch, dass 80 bis 90% der Standard-Beteiligungsverfahren in Hamburg, vor allem diejenige zu den vorhabenbe-

¹ Begründung zur Vorlage des Städtebauförderungsgesetzes durch den 14. Bundestagsausschuss 1970, in »Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung«, Klaus Selle, Informationen zur Raumentwicklung Heft 1. 2007. Hrsg.: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

² § 3 »Beteiligung der Bürger«: Das Baugesetzbuch – Gesetze und Verordnungen zum Bau- und Planungsrecht und Kommentar. Bonn 2004.

Dr. Andreas Pfadt ist Fachgruppensprecher Bürgerbeteiligung und Mediation in der Fördergemeinschaft Mediation DACH e.V. Der Autor beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit der hamburgischen Stadtentwicklung, zunächst im Hochschulzusammenhang, dann als langjähriger Geschäftsführer eines Sanierungs- und Stadtentwicklungsbüros. Wir danken ihm für die exklusive Abfassung seiner grundsätzlichen Vorstellungen von Partizipation, Mitwirkung und Mediation in unserer Stadt.

zogenen Bebauungsplänen, nicht einmal den drei vom Gesetz vorgegebenen Mindestkriterien entsprechen. Sie sind nicht frühzeitig im Sinne des Gesetzes, Alternativen sind in der Regel längst vorher durchgehandelt, und über die Folgen z.B. von Emissions- oder Verkehrslärmbelastungen wird aus Sicht der Betroffenen oft schlecht oder nur unzureichend informiert.

Was ist »gute« Bürgerbeteiligung?

Aktuelle Untersuchungen³ zeigen, dass das Vertrauen der bundesdeutschen Bevölkerung in Institutionen wie Politik und öffentliche Verwaltung in den letzten zwei Jahrzehnten einerseits zunehmend schwindet, andererseits BürgerInnen verstärkt Position beziehen im Zusammenhang von Planungsvorhaben, die ihr Quartier, ihren Stadtteil oder ihre Stadt betreffen. Insofern ist aus Sicht unseres Demokratieverständnisses eine Intensivierung, aber auch gleichzeitig eine Verstärkung dialogorientierter BürgerInnenbeteiligung und Partizipation⁴ gerade auf lokaler Ebene notwendig, um »Institutionenvertrauen« zurückzugewinnen, bürgerschaftliches Engagement zu stärken sowie eine aktive und lebendige Demokratie zu fördern. Der Grad der Intensität und des Umfangs der erforderlichen Beteiligung bzw. Partizipation hängt stark von der Thematik des Planungsvorgangs und des Planungsgegenstandes sowie auch von der beabsichtigten Zielsetzung der Beteiligung ab. Es muss also im Vorhinein geklärt werden, ob lediglich ein Informationsaustausch, eine Anhörung oder ein offener Dialog, ggfs. auch über einen längeren Zeitraum, angestrebt werden soll oder ob mit der Beteiligung eine höhere Stufe verbunden sein soll in Richtung einer konkreten Mitwirkung, Mitsprache oder Mitentscheidung. Zunehmend setzt sich die Erkenntnis durch, dass frühzeitige und gut durchgeführte BürgerInnenbeteiligung nicht nur der Konfliktvermeidung oder Konfliktbewältigung dient und bessere Bürgerbeziehungen und breitere Legitimation und Akzeptanz schafft, sondern vielfach bessere und wirtschaftlichere Lösungen hervorbringt als Verfahren, in denen viel zu spät oder nur pro forma beteiligt wurde oder bei denen auf Beteiligung gänzlich verzichtet wurde. Als Vorteile guter Bürgerbeteiligung gelten daher:

- Gemeinsames Erarbeiten bürgerInnen-, bewohnerInnen-, nutzerInnenfreundlicher Lösungen;
- letztlich zeitsparende und effektivere (Planungs-)Verfahren;
- Herstellen besserer BürgerInnenbeziehungen durch mehr Information, Wissen und Verständnis;
- Schaffen von Akzeptanz, ggfs. zusätzlicher Legitimationen sowie Konsenslösungen;
- Entstehen in der Regel interessanter, geordneter und vielfach fairer Verfahren und Prozesse;
- Intensivierung und Stärkung demokratischer Mitverantwortung sowie Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements.

Die Menschen vor Ort sind die eigentlichen ExpertInnen ihrer Lebenssituation!

Gute Beteiligungsverfahren sollten im Rahmen eines Planungs- oder Projektverfahrens frühzeitig gestartet bzw. initiiert werden. Sie benötigen entspannte, überschaubare Zeitabläufe,

einen zielgerichteten Informations- und Wissensaustausch, klare Durchführungsstrukturen und -methoden, Klarheit von Zielsetzungen und Perspektiven, außerdem Platz für Kreativität sowie das Einbringen von Erfahrungen. Vor allem bei lokalen Planungsverfahren hat es sich bewährt, wenn die InitiatorInnen des Beteiligungsverfahrens von der Erkenntnis geleitet werden, dass die BürgerInnen die ExpertInnen ihrer eigenen Lebenssituation sind. Deshalb ist es für die PlanerInnen, die planende Verwaltung und die Kommunalpolitik wichtig, bei komplexeren Planungsvorhaben BürgerInnenbeteiligung so zu organisieren, dass sie einen gemeinsamen Lernprozess aller Beteiligten, also der PlanerInnen, der Verwaltung, der Politik und der BürgerInnen ermöglichen, innerhalb dessen alle Seiten auf Basis eines besseren Problemverständnisses auch bessere, d.h. auch der Situation und den Bedürfnissen der Menschen vor Ort angemessenere planerische Lösungen erarbeiten. Neben guten Ergebnissen und zufriedenstellenden Lösungen in Folge von BürgerInnenbeteiligung ist ein weiterer Indikator guter Beteiligung die Resonanz aus der Bevölkerung, wie auch die »Lust« auf die Durchführung weiterer und kontinuierlich angelegter Beteiligungsverfahren.

Bürgerbegehren und Mediation

Gute BürgerInnenbeteiligung ist also für alle Beteiligten und für das Gemeinwesen als Ganzes von großem Vorteil und sollte von allen Seiten angestrebt werden. Was ist aber, wenn die Beteiligungsverfahren gescheitert sind? In Hamburg gibt es laut »Abendblatt« ca. 100 Bürgerbegehren. Obwohl sich nur ein kleiner Teil von ihnen gegen Bau- und Planungsvorhaben richtet, wird dennoch seitens der Politik und Verwaltung befürchtet, dass Bürgerbegehren zum Hemmschuh des Wohnungsbauprogramms und der Stadtentwicklung werden. Dabei sind Bürgerbegehren im Bereich der Stadtplanung meistens die Folge von gescheiterten Verfahren der BürgerInnenbeteiligung.

Mit der Novellierung des Baugesetzbuches könnten sich neue und bessere Möglichkeiten ergeben: In diesem Jahr wird die Mediation als Form der Konfliktregulierung in das BauGB §4 eingeführt werden. Mediationsverfahren unterscheiden sich grundlegend von den durch die Verwaltung, Planungsbüros oder ModeratorInnen durchgeführten Beteiligungsverfahren. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, dass MediatorInnen nicht mit den strittigen Planungsverfahren befasst sein dürfen. MediatorInnen agieren auf Basis des Mediationsgesetzes. Sie sind nach der gesetzlichen Grundlage des Mediationsgesetzes vom Juli 2012 zur Unvoreingenommenheit, Allparteilichkeit, Offenheit und Vertraulichkeit verpflichtet. In dem dazugehörigen Kommentar heißt es, sie dürfen auf keinen Fall planungsbefangen sein, weder vorher noch nachher. Es gilt eine strikte Trennung von Mittler- und Planerrolle. Aufgabe des/der Mediators/Mediatorin ist es, einen Kommunikationsprozess zu leiten, der die Konfliktparteien bei der Lö-

³ Vgl. u.a. »Vernetzung und Kooperation durch unmittelbare Bürgerbeteiligung«. Von Hilmar Sturm. Universität Augsburg. Mai 2011.

⁴ Der Begriff »Partizipation« fasst sämtliche Initiativen, Maßnahmen, Modelle und Methoden, die eine Mitwirkung an demokratischen Entscheidungsprozessen ermöglichen, zusammen.

sungssuche unterstützt. Dazu dürfen die Problemlösungen nicht vorgegeben sein – sie werden von den Betroffenen gemeinsam erarbeitet. Mediationsverfahren müssen also ergebnisoffen sein und dürfen nicht der Akzeptanzbeschaffung für eine vorgegebene planerische Lösung dienen. Alle Beteiligten müssen dem Einsatz eines/einer Mediators/Mediatorin und der Person zustimmen. Sofern ein Konflikt zwischen Politik und Verwaltung einerseits und betroffenen BürgerInnen andererseits besteht, sind die VertreterInnen aller drei Konfliktparteien gleichberechtigte Mitglieder des Mediationsverfahrens. Eine Voraussetzung ist, dass alle Parteien unbeschränkten

Zugang zu den entscheidungserheblichen Informationen haben. Mit der Einführung von Mediationsverfahren kann in die BürgerInnenbeteiligung eine neue Qualität einziehen. Nicht gut geschulte VerwaltungsbeamtlInnen oder deren beauftragte ModeratorInnen, sondern unabhängige MediatorInnen führen durch das Beteiligungsverfahren. Diese neue Qualität der Unabhängigkeit von der planenden Verwaltung sollte unbedingt genutzt werden, um das vielfach ruinierte Vertrauen der BürgerInnen zu den Verfahren der BürgerInnenbeteiligung in Hamburg wiederherzustellen.

»Demokratie im Stadtteil – NUR MIT UNS«



Wenn Beteiligung scheitert... (Foto: Michael Joho)

Unter diesem Motto findet am Samstag, den 27. April, ein ganztägiger »Aktionstag« des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte statt. Im Mittelpunkt steht der Austausch von Menschen, die in ihren Vierteln teilweise schon lange engagiert sind, um dort Verbesserungen durchzusetzen und der Politik und Verwaltung nicht nur auf die Finger zu sehen, sondern auch Forderungen geltend zu machen. Kommunale Demokratie von unten eben, die eigentlich ein Erfordernis unserer Metropolengesellschaft im 21. Jahrhundert ist. Doch der SPD-Senat blockiert eine Verstetigung, geschweige denn eine

Ausweitung dieser Mitwirkungsorgane. Er verfährt vielmehr nach dem Prinzip, dass nur dort finanziell ausgestattete und professionell begleitete Beiräte eingerichtet und aufrechterhalten werden, wo und solange irgendein Förderprogramm in Kraft ist. Läuft dieses aus, so die Senatsphilosophie, endet alsbald auch die BürgerInnenbeteiligung. Dies zu verändern, hat sich nicht zuletzt die Fraktion der LINKEN auf die Fahnen geschrieben. Wegen der Bedeutung dieses ersten Kongresses von StadtteilbeiratInnen aus ganz Hamburg dokumentieren wir nachfolgend den Netzwerk-Aufruf und das Programm.

Demokratie im Stadtteil – NUR MIT UNS«: Aktionstag des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte

Samstag, 27.4.2013, 10.30 Uhr bis 20.00 Uhr, Martin Luther King-Kirche und Kulturtreff JETZT in Steilshoop, Gründgensstraße 28, Kostenbeitrag: 2 Euro. Infos unter www.netzwerk-buergerbeteiligung.de, Anmeldung per Email an Stadtteilbuero16h@lawaetz.de

Idee des Aktionstages

Das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte hat sich Ende 2009 gegründet und existiert nun nahezu dreieinhalb Jahre als ein sich regelmäßig treffendes Forum aus ehrenamtlich engagierten Vertreter/innen Hamburger Stadtteilbeiräte. Es hat sich dabei als wertvolles Gremium der Information, des Austauschs und der Diskussion über Strukturen und Inhalte der Stadtteilbeirats- und Quartiersarbeit erwiesen. Mitglieder der Stadtteilbeiräte

können sich aus ihren jeweiligen Erfahrungen heraus stärken und neue Impulse geben. Gemeinsame Anliegen wurden als Erklärungen oder Resolutionen des Netzwerks formuliert und haben so eine Verstärkung und erste Außenwirkungen erzeugt. Dabei hat sich der Kreis der aktiv teilnehmenden Quartiersvertretungen ständig erweitert; mittlerweile gehören ca. 15 Vertretungen zum aktiven Mitwirkungskreis. Der geplante Aktionstag der Stadtteilbeiräte ist also auch eine – wenn auch verspätete – »Geburtstagsfeier« nach drei Jahren Stadtteilrätenetzwerk. Er soll eine Plattform sein, in einen weiteren Gedankenaustausch über Situation und Perspektiven der Hamburger Stadtteilbeiratsarbeit einzutreten, grundsätzliche Fragen der Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene diskutieren und Strategien für eine wirkungsvollere und nachhaltige Arbeit der Stadtteilbeiräte entwickeln.



Das Netzwerk möchte damit neuen Impulsen Raum geben, das eigene Aufgabenfeld diskutieren und die weitere Arbeit auf eine noch breitere Basis stellen. Gleichzeitig sollen die bisherige Stadtteilbeiratsarbeit und das ehrenamtliche Engagement gewürdigt und gestärkt werden. Mit der Geburtstagsfeier will das Netzwerk das Signal setzen, dass es sich lohnt, sich für seinen Stadtteil zu engagieren.

Eingeladen sind Quartiers-, Gebiets-, Stadtteilbeiräte der Fördergebiete Hamburger Stadtteilentwicklung, in welcher Phase auch immer, ob »ausgelaufen«, aktuell in der Förderphase oder in Vorbereitung, außerdem Akteure in Sachen Partizipation aus der Hamburger Verwaltung und Politik. Die Veranstaltung hat einen offenen Charakter. Jede/r an den aufgerufenen Themen Interessierte kann teilnehmen.

Folgende Leitfragen sollen die Diskussion leiten:

- Wie sieht Stadtteilbeiratsarbeit in Hamburg aktuell aus? Welche Möglichkeiten gibt es für den Bürger, Entscheidungen, die ihn in seiner Nachbarschaft unmittelbar berühren, zu beeinflussen? Müssen diese ausgebaut werden?
- Wie können Interessen und Arbeitsergebnisse der Stadtteilbeiräte besser in die Quartiere hinein und in die Politik und Verwaltung (hinaus) transportiert werden? Wie können der Nichtwahrnehmung der »Experten vor Ort« und Blockaden des Informationsflusses begegnet werden?
- Wen repräsentieren die Stadtteilbeiräte eigentlich? Wie können Zielgruppen, die bisher dem Politik-, Verwaltungs- und Planungsgeschehen in ihrer Nachbarschaft fern standen, erfolgreich(er) aktiviert werden? Warum gehören die Aktiven in den Beiräten (meist) nicht zu den schwer erreichbaren Zielgruppen? Was verspricht sich der Ehrenamtliche von seiner Tätigkeit?
- Wie kann die Arbeit der Stadtteilbeiräte verstetigt werden? »Partizipation« und »Nachhaltigkeit« dürfen nicht zu inhaltsleeren Schlagworten verkommen!

Demokratie beginnt auf der Ebene der Nachbarschaft! Ein demokratisches Hamburg kann auf die »Experten vor Ort« nicht verzichten.

10.30 Uhr: Ausstellung: Präsentationen der teilnehmenden Stadtteilbeiräte und ihrer Arbeit in den Quartieren. Morgencafé | **11.00 Uhr:** Tagungsbeginn und Grußworte: Begrüßung der TeilnehmerInnen durch Willi Rickert (Amt für Wohnen und Stadterneuerung der BSU), Sabine Steffen (Fachamt Sozialraummanagement, Bezirksamt Wandsbek), Christine Nagel-Bienengräber und Sönke Ullrich (Pastoren Martin Luther King-Gemeinde und Mitglieder des Stadtteilbeirats Steilshoop) sowie durch eine/n Sprecher/in des Vorbereitungsteams | **11.30 Uhr:** Kurze Impulsreferate zur Vorbereitung der Arbeitsgruppen: Situationsbeschreibung der Beiratsarbeit, Probleme und Lösungsansätze: 1. Maria Meier Hjertqvist: »Stadtteilbeiratsarbeit als ehrenamtliche Tätigkeit und ihre Intention/Motivation«: Was leistet der/die Ehrenamtliche? Was verspricht sie/er sich von dieser Tätigkeit? | 2. Martin Kersting: »Wahrnehmung der »Experten vor Ort«. Informations- und Kommunikationsflüsse von der Quartiersebene in die Verwaltung und Politik | 3. Emilija Mitrovic: »Wo bleiben die Zielgruppen?« Zur Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund | 4. Michael Joho: »Stadtteile wollen mitentscheiden – Ohne Beiräte geht gar nix!« Mögliche Weiterentwicklungen der Stadtteilbeiräte und Verstetigung | 5. Dr. Michael Freitag (Leitprojekt Bürgerbeteiligung, Bezirksamt Eimsbüttel): »Herausforderungen der Bürgerbeteiligung aus Sicht der Verwaltung« | 6. Prof. Dr. Jens Wurtzbacher (Kath. Hochschule für Sozialwesen Berlin, angefragt):

»Der Blick über den Tellerrand«. BürgerInnenbeteiligung und Stadtteilbeiratsarbeit in Berlin | 7. Rixa Gohde-Ahrens/Jürgen Fiedler: »Gründe für ein Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte«. Schlaglichter auf dreieinhalb Jahre Netzwerkarbeit | **13.00 Uhr:** Mittagessen im Kulturtreff JETZT, Gründgensstraße 22 | **14.00 Uhr:** Geführter kleiner Rundgang durch Steilshoop | **15.00 Uhr:** Arbeitsgruppen: 1. Stadtteilbeiratspraxis: Austausch über die verschiedene Praxis Hamburger Stadtteilbeiräte: Was läuft gut, was läuft schlecht? Welche Formen der Selbstorganisation gibt es? (Maria Meier-Hjertqvist/Barbara Petersen) | 2. Aktivierung: Wie können Gruppen, die bisher den Beiräten fern standen, erfolgreich aktiviert werden? Wie können Bewohner/innen zur Mitarbeit in den Beiräten motiviert werden? (Sabine Tengeler/Jutta Krüger) | 3. Demokratische Legitimation: Wie kann die Arbeit der Stadtteilbeiräte im alltäglichen Politikgeschäft mehr Gewicht bekommen? (Martin Kersting) | 4. Verstetigung: In welche Richtungen kann Verstetigung von Stadtteilbeiratsarbeit gedacht werden? (Michael Joho/Thomas Falensky) | 5. Verfügungs- und Quartiersfonds: Was können Verfügungsfonds leisten? Wie wichtig sind Quartiersfonds? (Wolfdietrich Thürnagel/Alexandra Quast) | 6. Gruppe Kritik am Beteiligungsgremium Stadtteilbeirat: Sind Stadtteilbeiräte als Instrument der Beteiligung mehr Schein als Sein? (Britta Pläschke/Andreas Vogt) | 7. Netzwerkarbeit: Netzwerk der Stadtteilbeiräte – Arbeits- und Wirkungsaufträge für die Zukunft (Jürgen Fiedler/Heidrun Kühn) | **16.30 Uhr:** Kaffeepause | **17.00 Uhr:** Plenum, Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen mit Diskussion | **18.15 Uhr:** Kleiner Imbiss | **19.00 Uhr:** Podiumsdiskussion: »Demokratie im Stadtteil – NUR MIT UNS.« | Moderation: Joachim Tröstler (Gemeinwesendiakonie und Quartiersentwicklung, Kirchenkreis Hamburg-Ost); Dirk Kienscherf (MdHB, SPD-Fraktion, Fachsprecher Stadtentwicklung), Dr. Friederike Föcking (MdHB, CDU-Fraktion, Fachsprecherin Soziales), Heike Sudmann (MdHB, Fraktion Die LINKE, Fachsprecherin Stadtentwicklung, Verkehr, Wohnungspolitik), Barbara Petersen, Thomas Falensky (Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte), Georg Möller (Aktivist im Netzwerk Recht auf Stadt) | **20.00 Uhr:** Ausklang

Quartiersfonds: Demokratie statt Zuweisung!

Von Hartmut Obens



Hartmut Obens vor dem Gedenkstein des ETV (M. Joho)

Die Linksfraktion in der Eimsbütteler Bezirksversammlung lud kürzlich ein zur Veranstaltung »Ein Bürgerhaushalt für die Lenzsiedlung!« im Cafe Veronika. Und darum ging's.

Die Proteste gegen Scheeles Kürzungen in der offenen Kinder- und Jugendhilfe zeigten Wirkung, auch und gerade in der Lokstedter Lenzsiedlung. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion, sichtlich irritiert über Ausmaß und Intensität der Gegenwehr in den Stadtteilen, entschloss sich zu einer konfliktdämpfenden Maßnahme und hob einen »Quartiersfonds bezirkliche Stadt-

teilarbeit« aus der Taufe, um die entstandenen »Scheeleschen Finanzlöcher« zu kompensieren. Für den Doppelhaushalt 2013/14 wurde flugs ein Budget von jährlich 1,5 Mio. Euro beschlossen. Das Besondere und durchaus Weiterführende ist, dass er die bisherige, an die Laufzeit von Projekten gebundene »Überbrückungsförderung« von bezirklichen Sozialprojekten

Hartmut Obens ist Vorsitzender der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Eimsbüttel.

zu einem »dauerhaften, aufgestockten und verstetigten« Quartiersfonds« erweitert. Damit sei ein »zusätzliches flexibles Förderinstrumentarium« für die bezirkliche Sozialraumentwicklung geschaffen. Hinzu kommt, dass die Beschlussfassung über die Verwendung der Mittel den Bezirksversammlungen obliegt. In Eimsbüttel sind das ca. 210.916 Euro jährlich (Antrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014, Bürgerschafts-Drucksache 20/6154; vgl. Drs. 20/6592).

Abgesehen von dem viel zu niedrigen Betrag bietet dieser Quartiersfonds immerhin erstmals eine Möglichkeit, die Förderung bezirklicher Projekte von der Beliebigkeit einzelprojektbezogener Zuwendungsbescheide zu lösen und über andere, kontinuierliche und demokratische Formen der Entscheidung bei finanzierungswürdigen Sozialprojekten nachzudenken.

Von dieser Überlegung ging die eingangs erwähnte Veranstaltung aus, zu der auch Christina Emmrich, Bezirksstadträtin für Jugend und Gesundheit vom Bezirksamt Berlin-Lichtenberg und bekannt als Schöpferin des Köpenicker »Bürgerhaushalts«, eingeladen war. Leider war sie kurzfristig verhindert, aber das tat der Diskussion der PodiumsteilnehmerInnen keinen Abbruch. Mit dabei waren Ralf Helling, Geschäftsführer des »Vereins Lenzsiedlung«, Manuela Pagels, Anwohnerin, Holger Burner, Sozialarbeiter und Rapper, Zaklin Nastic von der Fraktion DIE LINKE sowie der Fraktionsvorsitzende Hartmut Obens als Moderator. Angeregt wurde die Idee zur Veranstaltung auch durch eine Initiative des Bezirksamts (BA) Eimsbüttel, das das Thema »Bürgerbeteiligung« nach vorne bringen wollte. Dazu hatte es im Juni 2012 einen BA-Workshop gegeben, der u.a. die beiden in Eimsbüttel »fehlgeschlagenen« Bürgerentscheide »verarbeiten« sollte (Hoheluft-Domizil und Eidelstedt). Insbesondere die krachende Niederlage von SPD/GAL/FDP/CDU beim Bürgerentscheid zur »Erweiterung des Einkaufszentrums in Eidelstedt« hatte zum Nachdenken über die Unzulänglichkeiten der bisherigen Praxis veranlasst, wie BA-Leiter Torsten Sevecke in seiner Begrüßungsansprache freimütig einräumte. Die LINKSFRAKTION in Eimsbüttel hatte die SPD/GAL-Koalition immer wieder mit dem Thema BürgerInnenbeteiligung traktiert und wird das auch weiterhin tun, besonders bei den Themen Wohnungsbau/Stadtplanung und der sozialen Stadtteil- und Quartiersentwicklung.

Ein dritter, wesentlicher Denkanstoß wurde von Rechtsanwältin Lena Dammann geliefert, die in ihrem von der Eimsbütteler Fraktion angeregten und von der LINKEN-Bürgerschaftsfraktion beauftragten Rechtsgutachten zum Thema »Bürgerbeteiligung« folgende Qualitätskriterien entwickelt hatte:

- Wertschätzung der Beteiligung;
- Zurverfügungstellung hinreichender Ressourcen;
- Transparenz der Planungs- und Entscheidungsprozesse;
- Ergebnisoffenheit des Beteiligungsverfahrens;
- flexibler Einsatz vielfältiger Methoden;
- Begründbarkeit von Entscheidungen anhand transparenter, nachvollziehbarer Kriterien.

Diese, aus der Fragwürdigkeit der herrschenden Beteiligungspraxis abgeleiteten Kriterien sollen eine »Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe« ermöglichen, damit BürgerInnenbeteiligung

nicht auf bloßes Akzeptanzmanagement heruntergeschraubt und damit beliebig verwendbar wird. »Der Begriff »Bürgerbeteiligung« ist missverständlich. Er ist ebenso breit wie unverbindlich und fasst so verschiedene Aspekte wie Information, Kommunikation, Konsultation und Kooperation. Dies führt dazu, dass zwar alle von Bürgerbeteiligung reden, aber jeder darunter etwas anderes versteht. Planer und Investoren von Großprojekten verstehen darunter Akzeptanzbeschaffung. Die Verwaltung »will den Bürger mitnehmen«. Politiker erhoffen sich weniger Demonstrationen. Soziologen wünschen sich mehr Demokratie. Bürger hoffen auf mehr Einfluss und Moderatoren brauchen Aufträge.« (Manuel Humburg, Mitinitiator der Zukunftskonferenz Wilhelmsburg 2001/2002, Protokoll 11. BEP-Workshop Bezirksamt Eimsbüttel, 1.6.2012)

Wenn man so will, ist unser Vorschlag eines Quartiershaushaltes für die Lenzsiedlung als Ergebnis eines »Ideenclusters« aus all diesen Überlegungen anzusehen. Gleichzeitig soll die bezirkliche Demokratie gestärkt werden, die unter Olaf Scholz ein Mauerblümchendasein fristet. Der Quartiershaushalt ist als Pilotprojekt gedacht und soll zunächst die durch den Quartiersfonds bereitgestellten Mittel für den Stadtteil auf den Weg bringen. Welchen sozialen und politischen Nutzen hätte die Einführung eines Quartiershaushalts?

- Die **Partizipation und Selbstermächtigung** fördert die Entwicklung von Stadtteilen wie der Lenzsiedlung.
- Das **bürgerschaftliche Engagement** wird gestärkt.
- Das **stadtteilbezogene Handeln der Bezirksverwaltung wird gestärkt**, die »Sozialraumentwicklung« wird durch verantwortliches AnwohnerInnen-Handeln erweitert.
- Das Verfahren ist **offen und auf Dauer angelegt**, die AnwohnerInnenaktivitäten können nachhaltig und auf Dauer wachgehalten werden.
- **Jede/r kann mitmachen**, für Projektideen und deren Finanzierung kann demokratisch gestritten werden.

Als Gremium für die Diskussionen und Beschlüsse zum Quartiershaushalt kommt in der Lenzsiedlung am ehesten der Stadtteilbeirat infrage, der im Quartier eine schon über Jahre anhaltende rege Aktivität zeigt und anerkanntes »Quartierszentrum« für alle sozialen Belange ist. Deshalb ist es auch naheliegend, die Vorläufigkeit und Befristung dieses Gremiums aufzuheben und zu einem festen Bestandteil des demokratischen Lebens und Entscheidens im Bezirk zu machen. Dabei ist zu beachten, dass die (soziale) Zusammensetzung des Gremiums ein Spiegelbild der sozialen Struktur des Quartiers abgeben muss. Für die Teilnahme und Beschlussfassung der verschiedenen AnwohnerInnengruppen (SeniorInnen, Behinderte, MigrantInnen, Kinder und Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Sozialeinrichtungen usw.) müssen verbindliche und repräsentative Vertretungsrichtlinien gelten und durch periodisch stattfindende Wahlen bestätigt werden.

Für das Einbringen von Projektvorschlägen sollten, wie beim Berliner Modell, drei Beteiligungswege eingerichtet werden: Der Internetdialog, schriftliche Meldungen und der Stadtteildialog. Aus den Vorschlägen wird eine Liste der abgegebenen Voten erstellt (»TOP TEN«). Entsprechend dem zur Verfügung stehenden Budget trifft der Stadtteilbeirat eine Haushaltsab-

stimmung über die zu fördernden Projekte und legt der Bezirksversammlung diese Liste vor. Die Bezirksversammlung verzichtet auf ein eigenes Votum und übernimmt die ihr vorgelegte Liste als Vorlage zur abschließenden Beschlussfassung. Momentan ist geplant, eine Unterschriftensammlung für

die Einführung eines Quartiershaushalts in der Lenzsiedlung durchzuführen. Erste Diskussionen dazu haben im Stadtteilbeirat bereits stattgefunden, bei denen diese Idee eine positive Resonanz gefunden hat. Wie es weitergeht, werden die nächsten Wochen und Monate zeigen.

Seid öffentlich, Millionen!

Eine ungehaltene Bürgerschafts-Rede vom Tim Golke



Nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit! (M. Joho)

Ungehöriges ist geschehen. Ein Unterausschuss für Bauangelegenheiten hat sich nicht nur der Kenntnisnahme einer Abrissverfügung verweigert, nein, die Mitglieder haben sich im darauffolgenden Regionalausschuss auch noch verständigt, mit den vom Abriss ihrer Wohnungen bedrohten MieterInnen zu diskutieren. Und das, obwohl solche Unterausschüsse für Bauangelegenheiten meistens Ort althamburgischer Geheimniskrämerei sind.

Es ging dabei selbstverständlich um den Regionalausschuss Hamm/Horn/Borgfelde/Rothenburgsort, den zugehörigen Unterausschuss für Bauangelegenheiten sowie die Mieterinneninitiative »Rettet Elisa«, die sich gegen den drohenden Abriss der Häuser mit ihren günstigen Wohnungen am Elisabethgehölz wehrt. (Siehe dazu auch den folgenden Beitrag von Sandra Clemens.)

Wo ist das Problem? Das Bezirksverwaltungsgesetz regelt, dass die Unterausschüsse für Bauangelegenheiten in nicht-öffentlicher Sitzung tagen. Diese Regelung ist schlicht überflüssig, denn der Ausschluss der Öffentlichkeit ist rechtlich etwas ganz anderes als ein Beschluss über die Verschwiegenheit der Sitzungsinhalte und bedingt nicht automatisch auch die Vertraulichkeit der Tagesordnungspunkte, was mehr als 30 Jahre nach Einführung dieser Differenzierung in das Bezirksverwaltungsgesetz auch eigentlich alle wissen sollten. Nicht alle, denn das Rechtsamt des Bezirks Hamburg-Mitte hatte sich noch vor kurzem vor dem Verwaltungsgericht darauf berufen, dass nicht-öffentlich ja auch vertraulich heißen müsse. Aber falsche Argumentation führen meist nicht zum Erfolg, so auch hier. Dazu kommt, dass Unterausschüsse für Bauangelegenheiten nur solche Bauvorhaben zur Entschei-

dung vorgelegt bekommen, für die eine Befreiung vom geltenden Planungsrecht benötigt wird, die also entgegen der gültigen Bebauungsplanung vorgehen. Ein solches Vorhaben, mit möglicherweise erheblichen Eingriffen in Struktur und Gestalt von Stadt, darf nach Auffassung der LINKSFRAKTION nicht im stillen Kämmerlein verhandelt werden, hier ist vielmehr Öffentlichkeit dringend geboten. Auch das Argument, dass das Urheberrecht der ArchitektInnen an ihren Plänen und Bauwerken geschützt und diese also vertraulich behandelt werden müssen, kann nicht überzeugen. Regelmäßig werden den Ausschüssen Zeichnungen vorgelegt, die Gestalt, Masse und ggfs. Fassadengestaltung beinhalten, nie aber technische Ausstattung oder Gebäudekonstruktion. Ein Kopieren dieser Pläne käme der Kopie eines bestehenden Gebäudes gleich.

Ich sage Ihnen: Seid öffentlich, Millionen!

Anmerkung:

Gedankenaufzeichnung des vorab nicht geschriebenen und aufgrund der späten Zeit am 27. März auch nicht gehaltenen Fünf-Minuten-Beitrages in der Bürgerschaft. DIE LINKE hatte beantragt, das Bezirksverwaltungsgesetz dahingehend zu ändern, a) bei Transparenzsuchen, die aufgrund von Vertraulichkeit der Unterlagen abgelehnt werden, eine qualifizierte Begründung beizufügen, b) nach Wegfall der Vertraulichkeit unverzüglich dem Transparenzsuchen nachzukommen, c) die Nicht-Öffentlichkeit der Unterausschüsse für Bauangelegenheiten abzuschaffen (Bürgerschafts-Drucksache 20/7220). SPD, CDU, und FDP haben den Antrag abgelehnt, die GRÜNEN enthielten sich.

ELISA in Hamm: Abrissbirne im Herbst?

Von Sandra Clemens



Backsteindiyale auf Zeit? Elisabethgehölz im März 2013 (Foto: C. Hannen)

Seit dem 28. Februar weiß die Bezirksfraktion Mitte der LINKEN, dass die ELISA-Häuser in Hamburg-Hamm abgerissen werden und stattdessen teurere Neubauten mit anderen Wohnungsschnitten errichtet werden sollen (natürlich unter Inanspruchnahme erheblicher öffentlicher Mittel, obwohl dadurch keine einzige Wohnung neu entsteht!). Grundlage für diese Maßnahme ist ein neues Gutachten, das weder den KommunalpolitikerInnen noch den BewohnerInnen vorliegt. Wie uns die Initiative »Rettet Elisa« mitteilte, habe die Vereinigte Hamburgische Wohnungsbaugenossenschaft (vhw) einen neuen Statiker eingestellt, der der Oberbaudirektion Kosten von 3.000 Euro/qm für eine Sanierung der Gebäude vorgelegt hat. Es heißt, wenn die Wohnungszuschnitte verändert würden, sei die Statik der Gebäude nicht gesichert, dabei will die Initiative zur Rettung der historischen Backsteingebäude eine Sanierung ohne Änderung der Zuschnitte durchsetzen.

Was zählen die Zusagen und Kompromisse der vergangenen Runden Tische? Bereits im Herbst 2012 war beim Runden Tisch ein Gutachten vorgestellt worden, auf Grund dessen eine vorsichtige Modernisierung für 1.600 Euro bis 1.850 Euro/qm bei Erhalt der Wohnungszuschnitte als Kompromiss ausgehandelt wurde. Angesichts der jetzt vorgelegten Kosten von 3.000 Euro/qm habe der Oberbaudirektor dann der vhw grünes Licht für den Abriss in Aussicht gestellt.

Die LINKSFRAKTION war – ebensowenig wie die BewohnerInnen – zu den Gesprächen der Oberbaudirektion weder eingeladen noch über deren Ergebnisse informiert worden. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen und von Teilen der Kommunalpolitik. Der letzte Runde Tisch im März 2013

war eine reine Verkündungsveranstaltung von Seiten der vhw, die diese nutzte, um ihr Abrissvorhaben kundzutun. Sämtliche Zusagen der vorausgegangenen Gesprächsrunden scheinen nichts mehr wert zu sein. So hatte die vhw im Herbst 2012 noch zugesagt, dass sie eine Sanierung der Gebäude ernsthaft prüfen wolle, wenn die Mehrheit der BewohnerInnen sich dafür aussprechen würde. Im Dezember 2012 überreichte die Initiative dem Vorstand der vhw eine Unterschriftenliste mit 40 Stimmen für den Erhalt.

War schon die Wiedervorlage des Abrissantrags im Bauausschuss eine »Kriegserklärung an die BewohnerInnen« (so Bernhard Stietz-Leipnitz, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, in der Bezirksversammlung am 21. Februar, siehe auch die Presseerklärung auf der nächsten Seite), so ist mit der häppchenweisen Veröffentlichung der Entscheidung der vhw über die Presse – unter kompletter Missachtung des Runden Tisches und dessen Suche nach Kompromissen – einfach nur skandalös. Die Missachtung der Ergebnisse des Runden Tisches seitens der vhw hinterlässt den Eindruck, die Genossenschaft habe damit letztlich nur Zeit schinden wollen.

Der kommende Herbst könnte ein heißer werden, denn so schnell werden die verbleibenden BewohnerInnen ihre Wohnungen nicht räumen. Die Initiative wird ihren Widerstand fortsetzen. Auf einer Veranstaltung am 8. April (19 Uhr) im Kulturladen Hamm (Carl-Petersen-Straße 76) will sie über den neuesten Stand informieren.

Sandra Clemens ist Abgeordnete für DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, wohnt in Hamm.

Presseerklärung der Linksfraktion Hamburg-Mitte vom 1.3.2013: Eine Abwrackprämie für vernachlässigte Backsteinbauten?

»Handelte es sich um einen Finanzinvestor, der sich so verhält, wäre das ja kaum verwunderlich, die vhw nennt sich allerdings »Genossenschaft«. Sie nimmt damit eine Tradition für sich in Anspruch, die das Wohl der GenossInnen im Auge haben und deren Belange nicht nur hören, sondern auch umsetzen sollte. Damit hat das Verhalten des Vorstands der vhw nichts mehr zu tun«, so Sandra Clemens, die für die Linksfraktion das Verfahren zwischen der Mieterinitiative und der vhw über anderthalb Jahre begleitet hat. Über viele Jahre hat die vhw sich kaum um die Pflege der Gebäude am Elisabethgehölz gekümmert. Nun werde ein solches Verhalten womöglich durch öffentlich geförderte Neubauten auch noch belohnt – eine Abwrackprämie für vernachlässigte Gebäude? DIE LINKE missbilligt das Verhalten der vhw auf das Schärfste und wird eventuelle Befreiungen vom geltenden Baurecht für diese »Firma« sehr kritisch betrachten. »Sollte es tatsächlich zum Abriss und Neubau kommen, fordern wir, dass alle vage gemachten Zusagen der vhw gegenüber den BestandsmieterInnen und einige mehr rechtssicher in einem städtebaulichen Vertrag geregelt werden. Vertrauen gegenüber dieser Firma kann es nicht mehr geben«, sagt Bernhard Stietz-Leipnitz.

Viel Lärm ums Wohnen herum?!

Von Heike Sudmann



Im Fokus: Bahnhof Altona, 2009 (Foto: dpa)

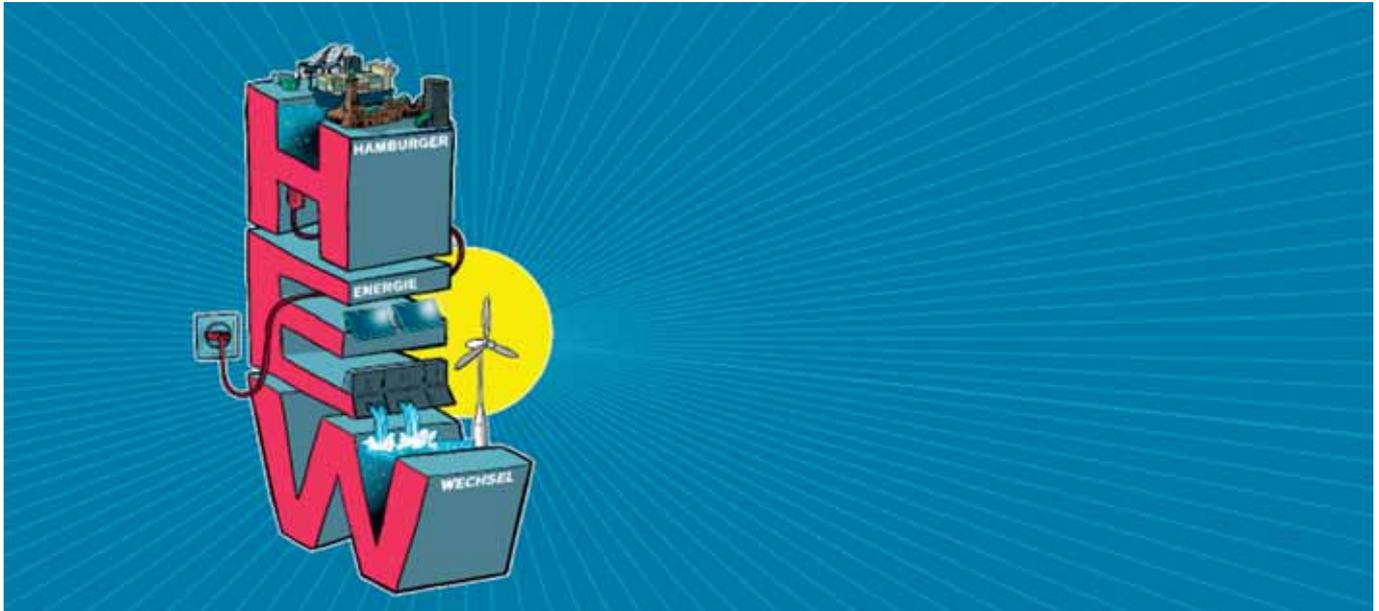
Eines der größten Wohnungsbauvorhaben des Senats soll in Altona realisiert werden. Auf dem teilweise schon aufgegebenen Bahngelände der so genannten Neuen Mitte Altona sollen insgesamt 3.500 Wohnungen entstehen. Im 1. Bauabschnitt, für den jetzt der Bebauungsplan entwickelt wird, sind 1.600 Wohnungen geplant. Am 20. Februar fand eine öffentliche Plandiskussion vor Ort statt.

Das größte Problem im 1. Bauabschnitt zwischen Harkortstraße und Fernbahnviadukt ist der Bahnlärm. Bis heute gibt es keine Entscheidungen der DB AG, ob und wann sie den Fernbahnhof Altona verlegen will. SenatsvertreterInnen betonen jedoch immer wieder, dass bei einer Nichtverlegung die DB AG den Viadukt mit den Fernbahngleisen aufgrund seiner Baufälligkeit erneuern müsste. In einer aktuellen Antwort des Senats auf eine Anfrage von mir (Bürgerschafts-Drucksache 20/7035) wird deutlich, dass dieser nicht weiß, wie lange der Viadukt in seinem jetzigen Zustand betrieben werden kann und dass er keine rechtlichen Möglichkeiten zur Er-

zwingung von Lärmschutz hat. Der unerträgliche, durch den Fernbahnviadukt bedingte Lärm könnte also noch Jahrzehnte andauern. Doch dann kann kein attraktives Wohngebiet mit 1.600 Wohnungen entstehen.

Auch bei einem anderen strittigen Punkt wird deutlich, dass der Senat nach dem Prinzip »Augen zu und durch« plant. In den Wohngebieten rund um die Mitte Altona gibt es zu wenig Grün- und Freiflächen. Dieses Defizit soll mit einem großen Park ausgeglichen werden. Doch von den geplanten acht Hektar sollen im 1. Bauabschnitt lediglich 2,7 Hektar realisiert werden. Der 2. Bauabschnitt wird aber nicht kommen, wenn der Fernbahnhof in Altona verbleibt. Die Kostenexplosion beim Bahnprojekt »Stuttgart 21« macht die teure Verlegung des Fernbahnhofs Altona immer unwahrscheinlicher. Dadurch wird die Planung für die Neue Mitte Altona noch wackeliger. Die LINKE ist für die Schaffung von guten und preiswerten Wohnungen in der Neuen Mitte, aber nicht für ein verlärmtes, mit Grün unterversorgtes Wohngebiet.

Kulturtipp: Lesen ohne Atomstrom



Gleich zwei Veranstaltungsreihen setzen im April in Hamburg kritische Akzente gegen die »Vattenfall-Lesetage«. Diesmal ist ihr Anliegen besonders aktuell, wird es doch im kommenden halben Jahr bis zum Volksentscheid – er fällt mit der Bundestagswahl am 22. September zusammen – um die Frage der Rekommunalisierung der Hamburger Stromnetze gehen.

Die »HEW-Lesetage« beginnen am 15. April auf Kampnagel, wo Ingo Schulze lesen und im Anschluss über »Kunst und Knechtschaft« diskutieren wird. Bei weiteren mehr als 30 Veranstaltungen lesen Friedrich Ani, David Chotjewitz, Frank Göhre, Merle Kröger, Dominique Manotti, Harry Rowohlt, Jochen Schimmang, Sybil Gräfin Schönfeldt, Frank Spilker, Barbara Sichtermann und viele andere. Auf der Abschlussparty im Gängeviertel am 20.4. gibt es nach einer Lesung von Katja Kullmann und Sarah Khan Musik: Frank Spilker und Frau Kraushaar machen den Abschluss zum Aufbruch! Mit dem neuen Namen spielen die Veranstalter auf den ursprünglichen Namen dieser Hamburger Lesetage an, nur steht HEW jetzt für Hamburger Energie Wechsel. Mehr zum Programm gibt es im Netz unter <http://hew-lesetage.de/>.

Gleich anschließend finden, nunmehr zum dritten Mal, vom 21. bis 26. April »die erneuerbaren Lesetage« statt. Unter dem Motto »Lesen ohne Atomstrom« werden sie in diesem Jahr von noch mehr Gruppen und Persönlichkeiten unterstützt. Zu den institutionellen Förderern gehören u.a. die

Hamburger Bücherhallen, das Goethe-Institut, das Deutsche Schauspielhaus und Hamburg Energie. Auch die Liste der lesenden und diskutierenden AutorInnen ist länger geworden, rund zwei Dutzend sind im Einsatz. Ein Kinderprogramm wird für zusätzliche BesucherInnenscharen sorgen. Mit den erneuerbaren Lesetagen soll ein deutliches, atomstromablehnendes Zeichen gesetzt werden, so ihr Schirmherr Jakob von Uexküll, der Gründer des Alternativen Nobelpreises und Vorstandsvorsitzender des Weltzukunftsrates, konkret »gegen das Greenwashing der »Vattenfall-Lesetage« (18.-25.4.), gegen die Geschäftspolitik des Atomkonzerns, die nicht weniger als die Existenz nachfolgender Generationen aufs Spiel setzt, gegen die Klage auf Milliarden Euro ... als »Schadensersatz« für den Atomausstieg«. Die Veranstaltungen sind durchweg kostenfrei, das Kulturfestival wird von den Vortragenden und HelferInnen ehrenamtlich gestaltet. Die Programm findet sich unter www.lesen-ohne-atomstrom.de.

Als kleiner Zusatztipp sei wieder die nunmehr 13. Lange Nacht der Museen empfohlen, die am Samstag, den 13. April, stattfindet. Von 18 bis 2 Uhr bietet die längste Kulturnacht der Stadt Zugang zu 53 Museen und Ausstellungsräumen, und das alles zum Preis von 12 Euro/ermäßigt 6 Euro. Er schließt die Nutzung aller zehn eigens eingerichteten Buslinien zwischen den Veranstaltungsorten sowie die HVV-Fahrten von Samstag 17 Uhr bis Sonntag 10 Uhr ein.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.